

Signatur:	2025.SR.0411
Geschäftstyp:	Motion als Richtlinie
Erstunterzeichnende:	Tobias Sennhauser (TIF), Judith Schenk (SP), Christoph Leuppi (GFL)
Mitunterzeichnende:	Nadine Aebischer, Chandru Somasundaram, Shasime Osmani, Dominik Fitze, Fuat Köçer, Lukas Schnyder, Matteo Micieli, Lukas Wegmüller
Einreichdatum:	4. Dezember 2025

Motion: Eine KI-Strategie für Bern: Potenziale nutzen, Risiken minimieren und demokratische Kontrolle sichern; Annahme als Richtlinie

Auftrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, eine städtische Strategie zu künstlicher Intelligenz (KI) auszuarbeiten und darin folgende Punkte zu behandeln:

- 1) Ausgangslage
 - a) Festlegung des Geltungsbereichs der städtischen KI-Strategie (Definition der erfassten KI-Anwendungen, inkl. generative Modelle, algorithmische Entscheidungssysteme und automatisierte Datenanalyse).
 - b) Durchführung einer umfassenden Analyse der ethischen, rechtlichen und organisatorischen Risiken des KI-Einsatzes in der Stadt Bern. Diese bildet die Grundlage für die Priorisierung der Handlungsfelder und die Ausarbeitung der weiteren Massnahmen.
 - c) Anpassung der rechtlichen Grundlagen der Stadt Bern für den Einsatz von KI, insbesondere in kritischen Bereichen wie bspw. die Energieversorgung, Verkehrssteuerung, Sozialhilfeentscheidungen oder Bewilligungsverfahren. Dabei sind Vorgaben zu Nachvollziehbarkeit, Haftung und Risikomanagement verbindlich zu regeln.
 - d) Die KI-Strategie der Stadt Bern soll den bestehenden datenschutzrechtlichen Rahmen gemäss dem kantonalen Datenschutzgesetz (KDSG) einbeziehen und stärken. KI-gestützte Datenbearbeitungen der Verwaltung unterstehen bereits der Vorabkontrolle durch die Fach- und Aufsichtsstelle Datenschutz (FADS). Ergänzend soll die Stadt klare Mindeststandards definieren, etwa zu Risikoanalysen, Transparenz, Datenspeicherung, Zugriffskontrolle und zum Einsatz externer Modelle. Ziel ist ein wirksamer Schutz sensibler Daten und die Vermeidung irreversibler Datenschutzverletzungen.
- 2) Rahmenbedingungen für KI in der Stadt Bern
 - a) Übersicht der aktuell genutzten KI-Anwendungen in der Stadtverwaltung, inkl. Zweck und Datenschutz.
 - b) Festlegung klarer Vorgaben oder Mindestkriterien (z.B. Nachhaltigkeit, Fairness, Bias-Prüfung, Datensicherheit), welche KI-Anwendungen empfohlen und als Infrastruktur bereitgestellt bzw. zulässig sind und welche ausgeschlossen werden. Die Stadt Bern soll dabei auf Privacy-First-Modelle setzen, deren Server selbst, in der Schweiz oder in der EU betrieben werden.¹
 - c) Die Befähigung der Mitarbeitenden, Kompetenzen auf- und auszubauen, muss sichergestellt werden, damit ein verantwortungsvoller Umgang mit KI im Sinne menschenorientierter KI gewährleistet ist und die Mitarbeitenden sich der Risiken bewusst sind.
 - d) Die organisatorische Verankerung der KI-Governance ist zu erarbeiten, damit Zuständigkeiten, Rollen und Abläufe für den KI-Einsatz klar sind. Ziel ist, dass Kompetenzen gebündelt, Standards stadtweit harmonisiert und Doppelspurigkeit verhindert werden.

¹ <https://proton.me/blog/private-ai>

- 3) Potenziale nutzen
 - a) Priorisierung und Förderung von menschenzentrierten KI-Anwendungen zur Effizienzsteigerung und Kosteneinsparung, insbesondere in der Verwaltung, im Verkehr und im Umweltmanagement.
 - b) Förderung nachhaltiger und gemeinwohlorientierter KI-Lösungen zur Verbesserung der Lebensqualität (z.B. Reduktion des motorisierten Individualverkehrs), des Tierschutzes² und der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen.
 - c) Nutzung von KI als digitale öffentliche Infrastruktur («digital public infrastructure») zur Stärkung demokratischer Prozesse, beispielsweise durch KI-gestützte Aufklärungsarbeit, die Bekämpfung von Desinformation sowie zur Förderung der politischen Teilhabe und Eigeninitiative der Bürger:innen.
- 4) Risiken minimieren
 - a) Umgang mit organisatorischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Folgen des KI-Einsatzes in der Verwaltung (z. B. Auswirkungen auf Arbeitsprozesse, Verantwortungs- und Haftungsfragen, Transparenz und öffentliche Kommunikation).
 - b) Strategien, um zu verhindern, dass diskriminierende Muster durch KI-Systeme übernommen und verstärkt werden (z.B. durch spezifische Beschaffung oder Training eigener LLMs).
 - c) Massnahmen gegen soziale Ungerechtigkeiten durch ungleichen Zugang zu KI-Technologien, soweit sie den Service Public betreffen.
 - d) Strategien zum Schutz demokratischer Prozesse vor manipulativen Algorithmen (z. B. Fake News, Desinformation).
 - e) Keine Nutzung von KI als Ersatz von Kunst- und Kulturschaffenden, grafisch Gestaltenden usw. Begründungen für Ausnahmen sind auszuarbeiten, in der Anwendung sind entsprechende Ausnahmen deutlich zu kennzeichnen.
 - f) Ergänzung der bestehenden «Digitalstrategie der Stadt Bern» um spezifische Massnahmen zum Schutz kritischer städtischer Infrastrukturen (z. B. Strom- und Wasserversorgung, Verkehrssteuerung) vor KI-gestützten Cyberangriffen. Dazu gehört auch der Einsatz KI-basierter Systeme zur frühzeitigen Erkennung und Abwehr solcher Angriffe.³

Begründung

Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) bietet grosse Chancen, um Effizienzsteigerungen in Verwaltung und Verkehr, Verbesserungen der Lebensqualität, nachhaltige Nutzung der Ressourcen u. v. m. zu erreichen.

Womöglich profitieren bereits heute einzelne Mitarbeitende in der Verwaltung von KI-gestützten Werkzeugen zur Effizienzsteigerung oder Unterstützung bei Routineaufgaben. Der Einsatz solcher Tools erfordert jedoch gemeinsam definierte Standards und eine einheitliche Einschätzung der damit verbundenen Chancen und Risiken. Solange der Einsatz nicht übergeordnet geregelt ist, besteht mit Blick auf unautorisierte Nutzung (Shadow AI) zudem ein Risiko für die Datensicherheit.

Mit der rasanten Entwicklung dieser Technologie gehen erhebliche gesellschaftliche Herausforderungen einher, die frühzeitig und strategisch angegangen werden müssen. Zum Beispiel sind KI-Systeme nicht neutral: Sie übernehmen und verstärken oft unbewusst bestehende Vorurteile aus ihren Trainingsdaten. Studien zeigen, dass Algorithmen Menschen systematisch diskriminieren können - etwa bei Bewerbungen, Kreditvergaben oder medizinischen Behandlungen. Es braucht deshalb klare politische Vorgaben, um solche Diskriminierungen zu verhindern und KI fair und diskriminierungsfrei einzusetzen.⁴

KI ist auch deshalb nicht neutral zu bewerten, weil sie einerseits neue Modelle bietet, mit welchen Klimaveränderungen, Ressourcenverbrauch u.ä. einfacher zu messen ist. Dem gegenüber steht,

² <https://www.srf.ch/kids/srf-kids-reporter-in-tierschutz-und-ki-wie-passt-das-zusammen>

³ https://www.bern.ch/politik-und-verwaltung/stadtverwaltung/fpi/informatik-stadt-bern/downloads/digitalstrategie_stadt_bern_2021/download

⁴ <https://www.derbund.ch/diskriminierung-kuenstliche-intelligenz-ist-nicht-neutral-108258174215>

dass der Energieverbrauch von KI-Anwendungen erheblich ist und sich rasant erhöht, je besser ein KI-Modell trainiert ist und entsprechend häufiger genutzt wird.

KI könnte sich negativ auf die Demokratie in Bern auswirken. In der Schweiz existiert derzeit kein spezifisches Deep-Fake-Verbot, nachdem der Nationalrat eine entsprechende Motion abgelehnt hat.⁵ Derweil warnen Expert:innen, dass manipulative Deep Fakes demokratische Prozesse massiv gefährden und gezielte politische Täuschung ermöglichen könnten.⁶

KI erleichtert heute komplexe Cyberangriffe auf kritische Infrastruktur wie Strom- und Wasserversorgung. Automatisierte Systeme finden Schwachstellen, umgehen Abwehrmassnahmen und können Angriffe gleichzeitig auf mehreren Ebenen koordinieren - oft kaum rückverfolgbar. Dadurch erhalten auch weniger erfahrene Akteur:innen Zugang zu hochwirksamen Angriffswerkzeugen. Die Stadt Bern muss diese Risiken frühzeitig erkennen und ihre Systeme mit geeigneten KI-basierten Schutzmassnahmen stärken.⁷

Die Chancen von KI lassen sich nur nutzen, wenn ihre Risiken gleichzeitig wirksam adressiert werden. Dazu braucht es klare Leitplanken, gemeinsame Standards und eine vorausschauende Einschätzung technischer, rechtlicher und gesellschaftlicher Auswirkungen. Eine städtische KI-Strategie soll diesen Rahmen schaffen: Sie ermöglicht den verantwortungsvollen Einsatz neuer Technologien, stärkt den Schutz sensibler Daten, verbessert die Widerstandsfähigkeit gegenüber KI-gestützten Angriffen und stellt sicher, dass der Ressourcenverbrauch berücksichtigt wird. Damit kann die Stadt Bern die Entwicklung aktiv gestalten und sicherstellen, dass KI zum Nutzen von Verwaltung und Bevölkerung eingesetzt wird.

Antwort des Gemeinderats

Die vorliegende Motion betrifft einen Bereich, der in die Zuständigkeit des Gemeinderats fällt. Es kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags, und die Entscheidungsverantwortung bleibt bei ihm.

Der Gemeinderat begrüsst die Zielsetzung des Vorstosses, den Einsatz von KI in der Stadt Bern strategisch zu steuern, Risiken frühzeitig zu erkennen und gleichzeitig Potenziale für Effizienz, Nachhaltigkeit und Gemeinwohlorientierung zu nutzen. Insbesondere die Betonung von Transparenz, Datenschutz und -sicherheit, Fairness, Nichtdiskriminierung sowie der Schutz demokratischer Prozesse entspricht den Werten und Zielen des Gemeinderats.

Eine städtische KI-Strategie ist in Arbeit. Diese soll insbesondere den Geltungsbereich und die Grundprinzipien für den Einsatz von KI in der Stadtverwaltung definieren, bestehende datenschutzrechtliche Vorgaben konkretisieren und durch städtische Mindeststandards ergänzen sowie Leitplanken für die Beschaffung, den Einsatz und Betrieb von KI-Anwendungen festlegen. Weiter soll sie Potenziale für einen gemeinwohlorientierten und nachhaltigen KI-Einsatz aufzeigen.

Der Gemeinderat wird sicherstellen, dass die vorgeschlagenen Massnahmen verhältnismässig, umsetzbar und finanziell tragbar sind. Zudem wird er Synergien mit bestehenden Strategien, insbesondere der Digitalstrategie der Stadt Bern, sowie mit kantonalen und nationalen Entwicklungen nutzen.

⁵ <https://www.netzwoche.ch/news/2025-05-07/nationalrat-stimmt-gegen-deepfake-gesetz>

⁶ <https://www.deutschlandfunkkultur.de/deepfakes-demokratie-bedrohung-kommentar-100.html>

⁷ <https://www.nationalsecurity.ai/chapter/ai-is-pivotal-for-national-security#cyberattacks-on-critical-infrastructure>

Klimaverträglichkeitsbeurteilung

KI-Systeme, insbesondere grosse Modelle oder Cloud-Dienste, benötigen erhebliche Rechenleistung und verbrauchen entsprechend Strom. Je nach Strommix kann dies zu CO₂-Emissionen führen. Ein nachhaltiger Einsatz setzt daher voraus, dass KI-Anwendungen ressourcenschonend betrieben, energieeffiziente Infrastrukturen genutzt und erneuerbare Stromquellen eingesetzt werden. Unter dieser Voraussetzung ist deren Anwendung mit den Zielen des Klimareglements vereinbar.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Der Einsatz von Anwendungen der künstlichen Intelligenz (KI) kann die Stadtverwaltung bei der Bewältigung von standardisierten und repetitiven Tätigkeiten unterstützen. KI kann zudem bestehende Prozesse grundlegend verändern, Verantwortlichkeiten neu ordnen und strukturelle Anpassungen in der Organisation erforderlich machen. Kurzfristig sind Investitionen für die Projektierung, Einführung, Schulung sowie datenschutz- und IT-bezogene Anforderungen erforderlich. Gleichzeitig sind für die Pflege und Weiterentwicklung der Anwendungsbereiche, der KI-Governance, der Schulung und des Betriebs der KI-Basisinfrastruktur erhöhte Kosten auf Ebene Produkte- und Serviceverantwortung zu rechnen. Der konkrete Bedarf wird im Rahmen der Umsetzungsplanung zur KI-Strategie auszuweisen sein.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 3. Juni 2026

Der Gemeinderat